

Dr. Johannes Fechner

- (A) dann erwarten wir, dass auch ihr mitmacht und wir diesen klugen Bundesratsentwurf, der die alte SPD-Forderung aufgreift, hier im Bundestag verabschieden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine gute Woche für die Mieterinnen und Mieter: Wir haben die Mietpreisbremse verlängert, wir haben sie verschärft. Wir haben die Maklergebühren halbiert. Und hier verlängern, erweitern wir jetzt den Betrachtungszeitraum bei den Mietspiegeln um zwei Jahre. Eine gute Woche für die Mieterinnen und Mieter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Karsten Möring, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allem, was ich in dieser Debatte von der Opposition bisher gehört habe, gibt es einen Punkt, dem ich zustimme, nämlich dass der Markt, so wie er sich im Moment darstellt, offensichtlich nicht ausreicht, genügend Wohnungen, auch nicht genügend bezahlbare Wohnungen, zur Verfügung zu stellen.

(B)

Ich habe an anderer Stelle bei den zahlreichen Debatten, die wir in den letzten Monaten geführt haben, schon einmal das Bild benutzt – das will ich noch einmal benutzen –, dass der Markt im Wohnungsbau krank ist. Er ist nicht ausgeglichen; Angebot und Nachfrage sind nicht ausgeglichen. Die Frage, wie man eine solche Krankheit heilt, ist ganz einfach: Wir brauchen mehr Wohnungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das praktische Problem ist: Wer ist „wir“? „Wir“ ist nicht der Bund. „Wir“ ist nicht dieses Parlament. Das, was wir machen können, ist, Regelungen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die andere dazu animieren, zu bauen. Und „andere“ kann heißen: Kommunen mit ihren Wohnungsbaugesellschaften, privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Unternehmen, Genossenschaften, Privatvermieter – all die sind gemeint. Damit die das tun, brauchen sie die Perspektive, dass es sich für sie lohnt; denn keiner schmeißt Geld aus dem Fenster. Das ist unser Problem.

Wenn ich mir in den einzelnen Ländern die Rahmenbedingungen, die geschaffen wurden, anschau, dann kann ich nicht erkennen, dass sie überall einen zusätzlichen Wohnungsbau fördern. Wir als Bund geben viel Geld ins System in die Länder hinein. Die Länder geben was dazu.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Das ist doch nicht viel Geld! Das ist 1 Milliarde im Jahr!)

Wenn es trotzdem nur begrenzt funktioniert, dann ist die Frage, woran das liegt. (C)

Wenn wir jetzt sagen: „Wir machen eine Mietpreisbremse und nutzen als Instrument den Mietspiegel, und wir schärfen dieses Instrument, indem wir den Betrachtungszeitraum verlängern“, dann ist das alles Medizin für diese Krankheit, aber noch nicht die Heilung. Deswegen macht es schon Sinn, dass wir Maßnahmen ergreifen, die dämpfend wirken. Aber wenn wir uns darauf verlassen würden, dass wir auf diese Weise bezahlbaren Wohnraum schaffen, dann kann ich nur sagen: Das ist ein Irrglaube. – Wir müssen beides machen. Wir müssen in der Übergangszeit, wo es nicht genug Angebot gibt, zusehen, dass die Mieten nicht überborden,

(Beifall des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wir müssen dafür sorgen, dass es genügend Anreize zum Bauen gibt:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

von der Bereitstellung des Bodens bis zu einer vernünftigen Rendite. – Das alles sind Maßnahmen, die wir brauchen.

Ein paar Bemerkungen zu einigen Vorrednern. Lieber Kollege Kühn, Sie sprachen von 680 000 Menschen ohne Wohnungen. Sie haben vergessen, zu erwähnen, dass ungefähr 440 000 davon Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften sind, die dabei mitgezählt sind. Wenn Sie mit Zahlen arbeiten, machen Sie es zielgenau und ehrlich. Man kann dann sagen: „Es sind immer noch zu viele“ – da würde ich Ihnen sogar zustimmen –; aber übertreiben Sie es nicht. Man muss auch noch den Blick für die Realität haben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Lay, wenn wir den Betrachtungszeitraum tatsächlich auf die von Ihnen geforderte Dauer und auf sämtliche Mietverhältnisse ausdehnen würden, dann käme dabei zunächst einmal heraus, wie preiswert die Bevölkerung insgesamt wohnt.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Dann würden die Mieten sinken! Das wäre mal was!)

Denn es gibt so viele alte Mietverhältnisse, die preiswert sind. Nur: Wenn Sie darauf aufbauen und sagen: „Dann darf man auch nur 10 Prozent mehr verlangen“, dann verschaffen Sie den Mietern keine Atempause, sondern dann sorgen Sie dafür, dass der Wohnungsmarkt einen Atemstillstand hat.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch!)

Dann ist er nämlich tot, weil dann in der Tat keiner mehr baut. Das ist nicht das, was wir brauchen, und auch nicht das, was wir erreichen wollen. Die Bestandsmieten steigen, aber unser Problem sind die Neuvermietungen. Deswegen ist es richtig, dass wir die Bezugsgröße für die Mietpreisbremse bei den Neuvermietungen verändern, um damit die Ausschläge zu verkleinern.

Karsten Möring

- (A) (Caren Lay [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch! Das macht die Mietpreisbremse doch!)

Aber noch einmal: Der entscheidende Punkt ist: Dies ist nur ein Hilfsmittel und nicht die Lösung unseres Problems. Die müssen wir auf andere Weise suchen.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Haben Sie überhaupt verstanden, worum es hier geht?)

Ich will gar nicht gegen Berlin polemisieren; das wäre sehr einfach und sehr billig.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Das ist einfach falsch, was Sie sagen!)

Aber wenn Berlin das Geld nimmt, um Wohnungen zurückzukaufen, anstatt das Geld zu nehmen, um Wohnungen zu bauen, dann kann ich dazu nur sagen: Rechnen können da manche offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Caren Lay [DIE LINKE]: Ja, Sie ja offenbar auch nicht!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Möring. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/15952, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 19/14245 und 19/14978 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind CDU/CSU – und SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Enthaltungen? – Die Linke. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Das ist wieder die Koalition: CDU/CSU und SPD. Wer stimmt dagegen? – AfD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Die Linke. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Zusatzpunkt 7 b. Abstimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz auf Drucksache 19/15952. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/14369 mit dem Titel „Rechtssichere regionale Mietobergrenzen für angespannte Wohnungsmärkte ermöglichen – Mieterinnen und Mieter in bestehenden Mietverträgen schützen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalition, die FDP und die AfD. Gegenprobe! – Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Die Linke. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist damit angenommen.

Zusatzpunkt 8. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Mietenexplosion stoppen – Bestandsmieten deckeln“. Der Ausschuss empfiehlt hier in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/4664, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/2516 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind wieder die Koalition sowie die FDP und die AfD. Gegenprobe! – Grüne und Linke. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/15264 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so, wie vorgeschlagen.

Ich rufe die Zusatzpunkte 9 bis 11 auf:

- ZP 9 Erste Beratung des von den Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Stephan Brandner, Fabian Jacobi, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Rechtsextremismus-Datensatzes**

Drucksache 19/16052

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

- ZP 10 Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches**

Drucksache 19/9234

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

Drucksache 19/11239

- ZP 11 Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Christian Wirth, Jochen Haug, Marc Bernhard, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft bei Eintritt in eine terroristische Organisation**

Drucksache 19/11127

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

Drucksache 19/16144

Hier ist wiederum eine Aussprache von 30 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt für die AfD-Fraktion der Kollege Roman Reusch.

(Beifall bei der AfD)